

Stellungnahme „Initiative kann kein Stadt-Grundstück für Mehrgenerationenhaus kaufen“, Halterner Zeitung vom 28.06.2021

Mit Bedauern haben wir zur Kenntnis genommen, dass das Projekt BuntewohnenHaltern e.V. seinen Kaufantrag für das Grundstück am Nesberg zurückgezogen hat. Die Stadt Haltern hat die Chance verpasst, mit einem attraktiven, innovativen Leuchtturmprojekt einen wichtigen, zukunftsweisenden Beitrag für die Weiterentwicklung der Wohnpolitik zu leisten. Wir begrüßen ausdrücklich die Zielsetzungen des Mehrgenerationenprojekts (u.a. Reduzierung des Flächenverbrauchs und des Energiebedarfs, Carsharing, Gemeinwohlorientierung, bezahlbare Wohnalternative, gegenseitige Unterstützung). Wir begrüßen auch das bisherige Vorgehen der Initiative: Anregungen und Kritik am Projektansatz wurden bereitwillig aufgenommen und umgesetzt, z.B. der Vorschlag, andere Flächen zuzukaufen, damit auf der städtischen Fläche einige Einfamilienhäuser gebaut werden können.

Nicht vergessen sollten wir die städtische Befragung 55+ in Haltern, bei der sich nur 3% der 55-59jährigen Befragten dafür aussprachen, im Alter in einem Pflegeheim wohnen zu wollen; Alternativen müssen also entwickelt werden, wenn man die Antworten der Bürger\*innen ernst nehmen möchte.

Die Argumentation der Fraktionen der CDU, der WGH und der FDP können wir nicht nachvollziehen: Dass junge Familien sich zu diesem Zeitpunkt der Projektplanung, zu dem es noch nicht einmal ein Grundstück, geschweige denn eine zeitliche Planung gibt, nicht festlegen können, kann man sich leicht vorstellen. Denn es ist fast unmöglich, sich langfristig und ins Ungewisse hinein festzulegen und zugleich Jobwechsel, Einschulung der Kinder, Finanzierung und Umzug unter einen Hut zu bringen. Die jungen Familien werden sich mit Sicherheit zu gegebenem Zeitpunkt finden. Die CDU begründet ihre Ablehnung des Grundstücksverkaufs mit dem „überdimensionierten und fremdkörperartig wirkenden Baukörper“ und übersieht dabei, dass darüber hinaus deutlich kommuniziert worden ist, dass der im Stadtentwicklungsausschuss vorgestellte Entwurf lediglich als Ausgangspunkt für die Entwicklung der Konzeption für ein Mehrgenerationenhaus diene. Die Planung sollte dann mit einem städtebaulichen Wettbewerb fortgeführt werden, um in einem gemeinsamen Planungsprozess mit Verwaltung und Politik ein ästhetisch-ansprechendes Objekt zu entwickeln, das sich in die Umgebung einfügt.